

**Koblenz
kann
mehr!**

Das Programm der FDP Koblenz
für die Kommunalwahl 2024

**Freie
Demokraten**

Kreisverband
Koblenz **FDP**

Präambel	2
Das bisschen Haushalt.....	3
Mehr Effizienz in Amtsstuben und Sitzungssälen!	5
Mehr Wirtschaft, mehr Wohlstand!	9
Koblenz kann mehr Bewegung!.....	11
Koblenz kann mehr Wohnen!	16
Koblenz kann mehr Bildung!.....	18
Mehr in die Zukunft gedacht: Klima und Umwelt	21
Mehr gemeinsam, mehr individuell, mehr für alle.....	23
Kandidatinnen und Kandidaten für den Stadtrat	29

Präambel

- 1 Liebe Koblenzerin, lieber Koblenzer!
- 2 Am 09. Juni 2024 haben Sie die Wahl. Sie entscheiden, wohin sich Koblenz entwickelt. Wir Freie
3 Demokraten machen Ihnen mit diesem Wahlprogramm ein Angebot, weil wir vor Ort gestalten
4 möchten.
- 5 Wir stellen uns zur Wahl, weil wir vom Erfolg eines seriösen Wegs, aus der Mitte heraus zu
6 gestalten, überzeugt sind. Mit mehr individueller Freiheit und persönlicher Verantwortung, mit mehr
7 sozialer Marktwirtschaft und umfassender Nachhaltigkeit. Und mit einem Staat, der stark ist, weil
8 er schlank und modern agiert statt selbstzufrieden, altmodisch und träge.
- 9 Wir setzen auf Wettbewerb, Unternehmertum und Innovation. Wir stehen für die Prinzipien der
10 sozialen Marktwirtschaft ein, in der aus Freiheit und Verantwortung aller Akteure, wie
11 Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen, Arbeitgebern und Arbeitgeberinnen, Gewerkschaften,
12 Politik und Weiteren, der bestmögliche Kompromiss aller Interessenlagen entsteht. Die Verteidigung
13 von Bürger- und Menschenrechten, hier in Koblenz und weltweit, sind Grundfeste unserer politischen
14 Haltung. Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der jeder und jede, unabhängig von Herkunft,
15 Abstammung, Glaube, Aussehen, Behinderung oder nicht, geschlechtlicher Identität oder sexueller
16 Orientierung, das eigene Leben nach seinen Vorstellungen gestalten kann. Koblenz ist eine
17 freiheitsliebende, weltoffene und liberale Stadt. Koblenz braucht mit den Freien Demokraten eine
18 Partei, die diese Werte verkörpert und verteidigt.
- 19 Wir machen ehrliche und zukunftsgerichtete Politik. Wir verbiegen uns nicht aus taktischen
20 Gründen. Unsere Aufgabe sehen wir, wie unser vierter Bundespräsident Walter Scheel, nicht darin,
21 die öffentliche Meinung abzuklopfen und dann das Populäre zu tun. Vielmehr verstehen wir unsere
22 Aufgabe darin, das Richtige zu tun und es populär zu machen. Wo andere Parteien das Geld mit
23 vollen Händen ausgeben und hemmungslos Steuern erhöhen wollen, mahnen wir zur Besonnenheit
24 und zum Verzicht oder berufen uns auf den bekannten Grundsatz „Privat vor Staat“. Und das aus
25 gutem Grund: im Interesse zukünftiger Generationen von Koblenzerinnen und Koblenzern. Wir
26 erfüllen nicht jeden Wunsch der Bürgerinnen und Bürger, erhalten aber Spielräume und wollen das
27 erwirtschaftete Geld bei denjenigen belassen, die es verdient haben: Ihnen.
- 28 Wir wollen die Bürokratie minimieren, durch die Digitalisierung oder Vereinfachung von
29 Verwaltungsprozessen. Wir wollen Vorschriften abschaffen, wenn sie nicht unbedingt nötig sind.
30 Wir wollen, dass die Stadt sich auf Daseinsfürsorge konzentriert und gleichzeitig groß denkt, statt
31 kleinteilig alles zu regeln. Wir wollen Ihnen wieder mehr Entscheidungen überlassen, sei es bei der
32 Wahl der Fortbewegungsmittel oder der Gestaltung Ihres Wohneigentums. Wir sind der Meinung,
33 dass Sie mehr können, wenn man Sie lässt. Wir sind der Überzeugung: Koblenz kann mehr!

Das bisschen Haushalt...

Verantwortungsvolle Haushaltspolitik bedeutet nachhaltige Investitionen mit klaren Prioritäten und nicht mehr auszugeben, als man hat. Das ist nicht nur ein Gebot wirtschaftlicher Vernunft, das ist auch ein **Gebot der Generationengerechtigkeit**. Denn es ist unanständig, künftigen Generationen hohe Schuldenberge zu hinterlassen. Wir Freie Demokraten erkennen Realitäten an und wissen: Nicht alles, was wünschenswert ist, ist auch finanzierbar.

Wir Freie Demokraten stehen auch vor Ort für eine **Politik, die rechnen kann**: Erst denken, dann ausgeben! Nur dann, wenn wir auch auf kommunaler Ebene sparsam sind, schaffen wir es, die derzeitigen Schuldenberge abzubauen. Eine Schuldenbremse reicht hier schon nicht mehr.

In Bezug auf den Bundeshaushalt hörte man zuletzt immer öfter, dass wir ein Ausgabenproblem haben, da der Haushalt trotz immer weiter steigender Einnahmen nicht ohne neue Schulden auskommt. Leider gilt das für Koblenz wohl nicht. Gemäß den Prognosen zur wirtschaftlichen Entwicklung und damit dem Steueraufkommen müssen wir feststellen: Koblenz hat ein **Einnahmen- und ein Ausgabenproblem**. Das sind unsere wichtigsten Vorschläge für mehr für Koblenz mit weniger:

- **Sparen, bevor es zu spät ist**

Zukünftig müssen **Ausgaben** neu gewichtet und mit weniger Mitteln mehr Wirksamkeit erreicht werden. Es ist schlicht nicht mehr alles Wünschenswerte sofort finanzierbar. Wir müssen klären, welche freiwilligen Aufgaben überhaupt und in welcher Qualität übernommen werden können.

Im Gegensatz zu allen anderen Parteien sind Steuererhöhungen für Freie Demokraten nicht das erste, sondern das letzte Mittel, um die Handlungsfähigkeit unserer Kommune zu sichern. Daher wollen wir bereits jetzt angemessene **Einsparungen** vornehmen, um nicht später zur Finanzierung der Pflichtaufgaben keine andere Wahl als Steuererhöhungen zu haben.

Die **Haushaltsstrukturkommission** soll zudem ihren Schwerpunkt wieder stärker auf Konsolidierung legen und Einsparpotentiale identifizieren.

- **Mehr Einnahmen durch neue Einzahler**

Besonderen Wert legen wir Freie Demokraten auf **Investitionen**, die den Standort stärken. Dazu zählen zum Beispiel frühkindliche Bildung und moderne Infrastruktur. Solche Maßnahmen machen die Stadt mittelbar attraktiver, auch für Unternehmen, die gut bezahlte Arbeitsplätze anbieten und Steuern zahlen können. Wir wollen den fiskalischen Herausforderungen begegnen, indem wir die Steuerlast auf mehr Schultern verteilen und bei geringerer individueller Belastung insgesamt im Verhältnis zu den nötigen Ausgaben ausreichend hohe Einnahmen generieren.

- **Weniger Steuern weiter anstreben**

Trotz der angespannten Haushaltslage wollen wir Koblenzerinnen und Koblenzer entlasten. Wir Freie Demokraten machen uns immer wieder bewusst, dass es in erster Linie das erarbeitete **Geld**



40 der **Bürgerinnen und Bürger** ist, welches Politik und Verwaltung verteilen. Höhe und Notwendigkeit
41 der kommunalen Steuern und auch die Gebührenordnungen der Stadt wollen wir regelmäßig
42 überprüfen. Unser Ziel ist es, den städtischen Haushalt so stark zu machen, dass perspektivisch an
43 die Stelle der Abhängigkeit von Gewerbesteuern deren Reduktion treten kann.

44 Für bestimmte Immobilien-Typen zeichnet sich mit der **Grundsteuerreform** eine höhere Belastung
45 ab. Sollte die Steuerreform allen rechtlichen Prüfungen standhalten, muss letztendlich das
46 Versprechen zur Aufkommensneutralität dennoch eingehalten werden. Daher setzen wir uns für eine
47 entsprechende Anpassung der Hebesätze ein.

48 ▪ Ausgaben überprüfen, bevor sie verstetigt werden

49 Wir wollen, dass haushaltswirksame Maßnahmen und Regelungen, die nicht zwingend erforderlich
50 sind, künftig zunächst einer zeitlichen Begrenzung unterliegen. Diese mit einer sogenannten
51 „**Sunset**“-Klausel belegten Vorhaben und Projekte müssen nach einer festgelegten Frist per erneutem
52 aktiven Beschluss verlängert werden. Dafür wird die Erreichung der zuvor gesteckten Ziele geprüft.

53 ▪ Gemeinsame Finanzierung

54 Wir begrüßen die Einrichtung einer städtischen Plattform zur Finanzierung von Projekten aus dem
55 freiwilligen Leistungsbereich durch **Crowdfunding**, welche die Fraktion der Freien Demokraten
56 2022 vorgeschlagen hatte.

57 Außerdem sind wir offen für Finanzierungsmodelle in Zusammenarbeit mit der privaten Wirtschaft.
58 Solche **Public-Private-Partnerships (PPP)** können den Bürgerinnen und Bürgern zusätzliche
59 Lebensqualität bieten und bei intelligenter und fairer Vertragsgestaltung für alle Beteiligten
60 gewinnbringend sein. Vertragswerke, die auf Verlustsozialisierung bei gleichzeitiger
61 Gewinnprivatisierung hinauslaufen oder Koblenz langfristig an einen Anbieter ohne eigenen
62 Handlungsspielraum binden, lehnen wir ab.

63 Wir setzen uns weiter für ein starkes, zentrales **Fördermittelmanagement** ein. Die städtischen
64 Eigenmittel sind in der Gesamtschau aller in Anspruch genommener Förderprogramme zielführend
65 einzusetzen, um in Summe nicht von den Eigenanteilen gefesselt zu werden.

Mehr Effizienz in Amtsstuben und Sitzungssälen!

Wir Freie Demokraten sind der Meinung: Der Staat soll den Bürgerinnen und Bürgern dienen und nicht umgekehrt. Es sind auch die Bürgerinnen und Bürger, die den Wohlstand erarbeiten. Somit ist es ihnen der Staat schuldig, die erhobenen Steuern und Gebühren mit so wenig Reibungsverlusten, wie unter den Gesichtspunkten einer ordentlichen Verwaltung und demokratischen Entscheidungsprozessen möglich, zu ihrem Wohl einzusetzen.

Auch Koblenz muss mit weniger Mitteln mehr Wirksamkeit erzielen. Die Verwaltung und vor allem die Politik mit ihren zahlreichen Gremien sind kein Selbstzweck. Sie müssen zeit- und kostenoptimiert werden. Verwaltungsstellen wollen wir auf **Beratungsleistung statt Bürokratie** ausrichten. Jede neue Aufgabe sollte dahingehend auf den Prüfstand kommen, ob sie wirklich notwendig ist. Wir fordern daher, bürokratielastige Maßnahmen wie die Baumschutzsatzung abzuschaffen. Privatpersonen und Unternehmen sollen stattdessen beraten und ermutigt werden, ihre Vorhaben mit sinnvollen Maßnahmen zur Begrünung und Klimafolgenanpassung zu kombinieren. Kurze Entscheidungswege sparen bei allen Beteiligten nicht nur Zeit, sondern auch Geld und Nerven. Das sind unsere wichtigsten Vorschläge für mehr Effizienz in Verwaltung und Politik:

- (K)einmal hin, alles drin!

Sowohl für Privatpersonen als auch Unternehmen muss der „Amtsgang“ die Ausnahme werden. Unser Ziel ist es, dass es für keinen Verwaltungsvorgang mehr notwendig ist, persönlich vor Ort in einer Behörde vorsprechen zu müssen. Sollte eine sichere Identitätsprüfung unabdingbar sein, kann auf etablierte Verfahren zurückgegriffen werden, wie sie bereits seit langem in der Finanzbranche üblich sind. Damit soll das Präsenzangebot nicht gänzlich ersetzt werden; diese Möglichkeit muss weiter bestehen.

Wenden sich Bürgerinnen und Bürger nach bestem Wissen und Gewissen mit einer Frage oder einem Anliegen an ein kommunales Amt und geraten an die falsche Stelle, sollte amtsseitig der **Servicegedanke** im Vordergrund stehen. Wir wollen, dass jede kommunale Stelle jede Anfrage freundlich und serviceorientiert entgegennimmt und dann intern der zuständigen kommunalen Stelle zuleitet. Von dort bekommen Bürgerinnen und Bürger dann ihre Antwort, digital, postalisch oder telefonisch.

- Konsequenz digitalisieren

Wir setzen uns entschieden für die digitale Transformation in unserer Gesellschaft und den staatlichen Strukturen ein. Das „Onlinezugangsgesetz“ (OZG) ist ein wichtiger Schritt, den wir auf die kommunale Ebene ausdehnen wollen. Dadurch wurde inzwischen z. B. die Möglichkeit geschaffen, ein Kfz online anzumelden. Leider wurden viele Bausteine des Gesetzes bis jetzt noch nicht umgesetzt.

Das OZG ermöglicht es zwar Bürgerinnen und Bürgern, ihre Anträge digital bei den Kommunen einzureichen, doch die Weiterverarbeitung in den Verwaltungen bleibt unberührt. Effizientere **Verwaltungsprozesse** erfordern die Einführung von z. B. Dokumentenverwaltungssystemen, sicheren elektronischen Datenarchiven und den Ausbau von Schnittstellen zu anderen



Thomas Roskop
Koblenz kann
modern, digital
und effizient!

42 Behörden. Die digitale Transformation entlastet, konsequent durchgeführt, den Personalkörper und
43 verbessert den Bürgerdienst.

44 Im letzten Koblenzer Haushalt war eine mittlere einstellige Millionensumme für IT verteilt. Ein
45 Großteil davon war für die digitale Infrastruktur, also z. B. neue Computer, vorgesehen. Jeder
46 Verwaltungskraft einen Dienstrechner mit Office-Programmen auf den Schreibtisch zu stellen und
47 statt Hauspost auf E-Mails und PDFs zu setzen, ist noch keine Digitalisierung. Wir setzen uns dafür
48 ein, Prozesse mit Hilfe maßgeschneiderter, innovativer und auch intuitiver **Softwarelösungen** zu
49 vereinfachen und abzukürzen. Das kommt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zugute und
50 letztendlich auch den Bürgerinnen und Bürgern.

51 Auch die Digitalisierung selbst soll effizient sein. Die Einführung digitaler Prozesse soll strategisch
52 und zentral koordiniert, z. B. durch einen sogenannten „**Chief Digital Officer**“ erfolgen. Es ist
53 verschwendetes Potential, am Beginn eine übersichtliche Eingabemaske und am Ende eine
54 automatisch erzeugte Infografik zu etablieren, wenn dazwischen noch händisch Daten von einem
55 System ins andere übertragen werden müssen, weil Datenbanken nicht konsequent vernetzt wurden.
56 Bei der Auswahl der Lösungen soll auch über den Tellerrand geschaut werden. Andere Kommunen
57 können bereits die perfekte Lösung ge- oder erfunden haben.

58 **Datensicherheit und Abwehr von Cyberangriffen** haben für uns hohe Priorität. Weder
59 Datendiebstahl noch die Erpressung des Kämmerers mit verschlüsselten Festplatten sollen in Koblenz
60 möglich sein. Wie in Unternehmen üblich, fordern wir regelmäßige Audits der
61 Sicherheitsmaßnahmen und Penetrationstests, sowie die Sensibilisierung des Personals und Vorsorge
62 für den Fall eines Cyberangriffs. Die wertvollen Daten der Bürgerinnen und Bürger müssen nach
63 außen abgeschirmt werden, doch im Gegenzug darf Datenschutz nicht den berechtigten Austausch
64 innerhalb des Verwaltungsapparats behindern.

65 ▪ Missverständnisse vermeiden

66 Klares Verwaltungshandeln benötigt klare **Sprache**. Wir wollen nicht, dass Verwaltungsarbeit
67 unnötig in die Länge gezogen wird, weil es zu Missverständnissen kommt oder Bürgerinnen und
68 Bürger Services wegen sprachlicher Hürden nicht wahrnehmen.

69 Jedes behördliche **Schriftstück** ist in möglichst allgemeinverständlicher Sprache zu verfassen.
70 Verwaltungs- und Rechtsbegriffe sind kompakt und allgemeinverständlich zu erklären. Überall, wo
71 es juristisch möglich ist, sollte auf Verwaltungsbegriffe verzichtet werden. Ältere Vordrucke,
72 Formulare oder Veröffentlichungen sind daraufhin zu überarbeiten.

73 Online wie Offline sollen die wichtigsten Angebote und Dienstleistungen der Stadt in den gängigsten
74 Sprachen angeboten werden oder zumindest auffindbar sein. Insbesondere in **Englisch** ist dies
75 konsequent in der Breite und Tiefe der Verwaltung zu etablieren.

76 Zur Einfachheit der Sprache gehört auch, diese unpolitisch und wertungsfrei zu halten. Auch
77 **diskriminierungsfreie Sprache** muss im Rahmen dessen erfolgen, was der Rat für deutsche
78 Rechtschreibung vorgibt.

79 ▪ Mehr Entscheidungen, weniger Gremien

80 Verwaltung kostet. Die Digitalisierung soll dazu beitragen, dass Verwaltungsfachkräfte mehr
81 Vorgänge bearbeiten können und der Personalkörper so langfristig schrumpft. Auch der politische
82 Betrieb kostet und Demokratie ist nicht günstig, aber ihren Preis wert. Trotzdem sehen wir hier
83 **Einsparpotentiale** und die Möglichkeit, effizienter zu werden.

Die Stadt Koblenz hat ca. 29 aktive Ausschüsse und Beiräte. Wir werden sie auf den Prüfstand stellen und uns für eine Reduzierung einsetzen. Unser Anliegen ist dabei nicht in erster Linie, die Sitzungsgelder der Mitglieder einzusparen und erst recht nicht, demokratische Prozesse zu unterwandern. Die Sitzungen dieser **Gremien** binden Personal und Sachleistungen der Verwaltung, die an anderen Stellen vielleicht besser eingesetzt werden können.

Auch in diesen Gremien muss die Digitalisierung ankommen, um ihr volles **Potential** auszuschöpfen. Es ist bis heute nicht möglich, Unterlagen aus den nicht-öffentlichen Sitzungsteilen für alle Ausschussmitglieder in einem geschützten Bereich des Bürgerinformationssystems einsehbar zu machen. Stattdessen müssen entsprechende Dokumente, ebenso wie Einladungen mit Tagesordnung, postalisch verschickt oder sogar übergeben werden. Zudem sind diese Gremien außerhalb ihrer teilweise nur wenige Male im Jahr stattfindenden Sitzungen völlig handlungsunfähig. Zum Beispiel bei der Vergabe von Aufträgen an Firmen oder der Einstellung von Personal für die Eigenbetriebe muss die Zustimmung des entsprechenden Ausschusses eingeholt werden. Dadurch warten Betroffene unter Umständen monatelang auf die Entscheidung. Das ist nicht zeitgemäß und gerade in einem Bewerbungsprozess unzumutbar. Wir wollen diese Entscheidungswege grundsätzlich hinterfragen und die Einführung von nicht an Sitzungstermine gebundenen, digitalen Umlaufbeschlussverfahren.

▪ Ortsbeiräte: Ganz oder gar nicht!

Die vor mehreren Jahrzehnten an Koblenz angegliederten Gemeinden genießen bis heute das Privileg, einen **Ortsbeirat** zu unterhalten. Wir Freie Demokraten sind überzeugt, dass Entscheidungen so nah am Ort ihrer Auswirkungen beschlossen werden sollten, wie möglich. Über die Gestaltung des öffentlichen Raums, Förderung von Traditionen, Vereinsleben und Kultur oder Verbesserungen der Verkehrssicherheit können Bürgerinnen und Bürger mit Ortskenntnissen und dichtem Netzwerk für ihren Stadtteil am besten selbst entscheiden.

Ortsbeiräte verfügen aber weder über ein nennenswertes **Budget**, noch die **Entscheidungskompetenzen**, um ihr Potential voll abzurufen. Ihr Unterhalt mit Verwaltungsaufwand, Wahlen und Aufwandsentschädigungen der Mitglieder steht momentan in keinem guten Verhältnis zu ihrem Nutzen. Außerdem fehlt allen „innerstädtischen“ Stadtteilen ein entsprechendes Gremium. Wir wollen dieses ineffiziente und zeitgleich ungerechte System einer gründlichen Überprüfung unterziehen.

Koblenz ist formal eine Großstadt und warb zuletzt für sich selbst mit dem Slogan „Großstädtchenliebe“. Für uns Koblenzer Freie Demokraten ist es an der Zeit, die Selbstironie aus dieser Aussage zu streichen und selbstbewusst wie eine **Großstadt** aufzutreten. In einer solchen ist es nicht unüblich, auf dem ganzen Stadtgebiet stadtteilübergreifende sogenannte Bezirksvertretungen einzurichten und diese mit entsprechender Kompetenz und finanziellen Mitteln auszustatten. Diskussionen oder Entscheidungen können so aus dem Rat und seinen Ausschüssen verlagert werden und finden näher an den Bürgerinnen und Bürgern statt. Sollte dies nicht umsetzbar sein, werden wir uns für eine Abschaffung der Ortsbeiräte einsetzen.

▪ Ausübung kommunaler Mandate vereinfachen

Die Mitgliedschaft im Stadtrat oder seinen Ausschüssen ist ein Ehrenamt und die größte Stütze der Demokratie in Koblenz. Die **Sitzungszeiten** in der vergangenen Legislaturperiode fielen häufig in den Nachmittag, teilweise sogar vormittags. Auch wenn es die gesetzliche Pflicht zur Freistellung gibt, fordern wir arbeitnehmerfreundliche Sitzungszeiten, sodass jeder Arbeitnehmer und

127 Selbstständige die Möglichkeit hat, sich an der Stadtpolitik zu beteiligen. Keine Sitzung sollte vor
128 16:30 Uhr anfangen.

129 ▪ Dem Arbeitsmarkt gerecht werden

130 Der **Fachkräftemangel trifft auch die Kommunen**, sowohl bei reinen Verwaltungskräften, als auch
131 dem Außendienst der diversen Ämter, Eigenbetriebe und Beteiligungsgesellschaften. Wir Freie
132 Demokraten befürworten den Wettbewerb, auch unter Arbeitgeberinnen. Koblenz hat als großer
133 Verwaltungsstandort des Bundes besonders mit der Abwanderung gut ausgebildeter
134 Verwaltungsfachleute zu kämpfen.

135 Wir wünschen uns für die Stadt Koblenz **die besten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter**, sehen aber
136 aufgrund der angespannten Haushaltslage nicht die Möglichkeit, hier ein Besoldungsniveau wie
137 Land oder Bund zu erreichen. Wir begrüßen daher besonders organisatorische Maßnahmen der
138 Verwaltung, um kompetentes Personal zu rekrutieren und zu halten. Das kann zum Beispiel Führen
139 in Teilzeit oder generell Jobsharing sein.

Mehr Wirtschaft, mehr Wohlstand!

Wohlstand muss erarbeitet werden, bevor er verteilt werden kann. Die Wirtschaft schafft Arbeitsplätze, sie fördert Innovationen, sorgt für eine funktionierende Stadt, bringt Steuereinnahmen und liefert Gründe, auf Koblenz als Ursprung guter Produkte und Dienstleistungen stolz zu sein. Für uns besteht die Wirtschaft ausdrücklich aus allen Akteuren, vom Freiberufler, Handwerker, Dienstleister, Landwirt, Winzer, Hotel- und Gaststättenbetreiber, kleinen und mittleren Unternehmen bis hin zum Industriebetrieb. Aber zuallererst besteht sie aus **Menschen**, die Leistung bringen und Anerkennung verdienen.

Aktuelle Herausforderungen liegen in unzureichenden Forschungsmöglichkeiten, Fachkräftemangel, Energieproblemen, wettbewerbsfähigen Rahmenbedingungen, digitaler Infrastruktur und schneller Verwaltungsreaktionen. Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, diese **Herausforderungen** anzugehen und besonders den Mittelstand zu stärken. Das sind unsere wichtigsten Vorschläge für mehr Wohlstand in Koblenz:

▪ Abbau der Bürokratie – mehr Digitalisierung

Viele bürokratische Prozesse werden den Unternehmen und Selbstständigen über **Regulierungen** von Bund und Land auferlegt. Wir werden uns in Koblenz dafür einsetzen, Prozesse zu entschlacken und zu digitalisieren, die von der kommunalen Verwaltung selbst verantwortet werden. Unternehmen sollen den Fortschritt von beispielsweise Bauanfragen oder Bauanträge online einsehen können. Das macht Verwaltungshandeln transparent und nachvollziehbar.

▪ Mehr Gewerbeflächen entwickeln

Wir setzen uns für ausreichend Raum für Gewerbe, Forschung und Entwicklung ein. Es ist nicht nur essenziell, **Flächen** für Gründer bereitzustellen, sondern auch Raum für ihre Weiterentwicklung anzubieten. So können diese Unternehmen vor Ort wachsen und ihr anfängliches Netzwerk z. B. mit den Hochschulen oder anderen Unternehmen langfristig nutzen. Trägt die Geschäftsidee, bieten sie mehr Einwohnerinnen und Einwohnern Beschäftigungsmöglichkeiten. Wir Freie Demokraten setzen uns mithin für den Ausbau des Technologiezentrums Koblenz ein. Hierbei sind auch alternative Standorte zu prüfen. Bei der Ausweisung von Flächen nehmen wir auch ökologische Belange und die Interessen der Eigentümer ernst. Deren sorgfältige Abwägung ist ebenso wichtig, wie zügige Entscheidungen und Verfahren, um verantwortungsvolles Wachstum zu ermöglichen. Mit der Bereitstellung einer guten Verkehrs- und digitalen Infrastruktur bieten wir Unternehmen eine gute Basis für Wachstum und Erfolg.

▪ Verbesserte Standortbedingungen

Neben ausreichenden Flächen und guter Anbindung an Verkehrs- und digitale Infrastrukturen sind etablierte und neue Unternehmen auf gute Arbeitskräfte angewiesen. Aus diesem Grund betonen wir die Bedeutung „weicher“ **Standortfaktoren** wie Kinderbetreuung, Schulen und kultureller Angebote, um eine attraktive Arbeits- und Wohnumgebung zu schaffen. Wir befürworten die



Einrichtung von Co-Working-Spaces, auch durch Umwidmung von ehemaligen Gewerbeflächen. So können Arbeitsmöglichkeiten in unmittelbarer Nähe zu Kinderbetreuungseinrichtungen entstehen oder Wegstrecken verkürzt und damit der Verzicht auf Auto oder ÖPNV ermöglicht werden.

▪ **Wirtschafts-, Wachstums-, Wohlförderung**

Die **Wirtschaftsförderung** ist das Bindeglied der Kommune zu den Unternehmen vor Ort. Wir Freie Demokraten setzen uns für gut ausgestattete und professionelle Wirtschaftsförderung ein. In Koblenz sind dies das Amt für Wirtschaftsförderung und die Wirtschaftsförderungsgesellschaft. Wir Freie Demokraten legen Wert darauf, dass diese Einrichtungen personell gut ausgestattet sind. Wir werden prüfen, welche Leistungen in diesen beiden Institutionen noch gebündelt werden können, sodass die Unternehmen möglichst nur noch eine Anlaufstelle für alle ihre Anliegen haben.

▪ **Tourismus ist Wirtschaft und mehr**

Wir haben das große Glück, dass unsere Stadt kulturell, historisch, kulinarisch und landschaftlich einiges zu bieten hat. Die florierende **Tourismusbranche** kurbelt die Wirtschaft an, schafft Arbeitsplätze und hebt die Lebensqualität auch für Einheimische.

In den kommenden Jahren wollen wir mehr Menschen dazu bringen, unsere Region zu besuchen. Wir werden dabei nicht erst auf den Publikumsmagnet BUGA warten, auf den wir die Stadt schon lange vorher vorbereiten müssen, sei es durch Infrastrukturmaßnahmen oder Intensivierung der Grünpflege. Wir sehen die Aufgabe der **Koblenz Touristik** darin, noch gezielter zu werben und sich nicht auf die Landeskampagne „Rheinland-Pfalz Gold“ zu verlassen. Dabei sollen auch neue Konzepte mit anliegenden Kommunen geprüft werden, z. B. Rundreisen mit Schwerpunkt auf Wander- und Sportaktivitäten, aber auch einer kulturellen Komponente mit Übernachtung in Koblenz.

Den Reiseveranstaltern von Busreisen und Flusskreuzfahrten sollen Konditionen angeboten werden, die einen Besuch von kostenpflichtigen Sehenswürdigkeiten wie z. B. der Museen für ihre Gäste noch attraktiver machen. Wir setzen uns weiterhin für eine bessere Sichtbarkeit der kulturellen Einrichtungen, vor allem des Mittelrheinmuseums im Forum Confluentes, ein. Durch Lichtwerbung bzw. eine Anzeigetafel am Gebäude soll die **Aufmerksamkeit** auf die Ausstellungen gelenkt werden, denn viele Tagesgäste und auch Einheimische sind sich dieser momentan gar nicht bewusst. So wollen wir die Bilanzen dieser kulturell wertvollen, aber leider zumeist hochdefizitären Einrichtungen verbessern.

Der Erhöhung von **Übernachungskapazitäten** stehen wir offen gegenüber, solange Hotelneubauten keinen nutzbaren Wohnraum verdrängen. Bei Problemen für einen Hotel- oder Gastronomiebetrieb einen Nachfolgebetreiber zu finden, sollen künftig Koblenz Touristik und Wirtschaftsförderung abseits ihrer sonstigen Zuständigkeiten unterstützen.

Koblenz kann mehr Bewegung!

1 Mobilität ist Freiheit. Wir Freie Demokraten wollen **Verkehrskonzepte** entwickeln und stärken, die
2 allen menschlichen und wirtschaftlichen Bedürfnissen nach effizienter, preiswerter, komfortabler,
3 umweltschonender und jederzeit verfügbarer Mobilität gerecht werden. Doch die Entscheidung, was
4 davon der oder dem Einzelnen in welcher Situation am besten passt, wollen wir nicht fällen.

5 Koblenz, als Stadt an zwei Flüssen und mit seinen topographischen Herausforderungen, braucht
6 einen ausgewogenen **Mix der Fortbewegungsmittel**. Auch in Zukunft muss starken Pendlerströmen,
7 Reiseverkehr und auswärtigen Kundinnen und Kunden des vielfältigen Einzelhandels in der
8 Innenstadt ein akzeptables Angebot gemacht werden. Sie sind unabdingbar für unsere Wirtschaft.

9 Das heißt nicht, dass wir nichts verändern wollen. Mit der Fokussierung auf Radnetz,
10 Parkraumsituation oder ÖPNV-Taktung allein ist es aber nicht getan. Wir setzen uns entschieden für
11 eine ganzheitliche **Verkehrspolitik** ein. Dabei setzen wir nicht nur auf Digitalisierung, sondern
12 nehmen auch unkonventionelle Ideen auf, wie die Integration der Seilbahn in den ÖPNV. Das sind
13 unsere wichtigsten Vorschläge für mehr Bewegung in Koblenz:

▪ Technik, die uns voranbringt

15 Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass Fortbewegung flüssiger und effizienter wird. Stop-
16 and-Go-Verkehr frisst nicht nur Zeit, er belastet auch die Umwelt durch häufiges Bremsen und
17 Anfahren zusätzlich. Um dieses Problem anzugehen, fordern wir für Koblenz ein digitales
18 **Verkehrsléitsystem** mit künstlicher Intelligenz. Dieses soll beispielsweise Ampeln für alle
19 Verkehrsteilnehmer flexibel und bedarfsgerecht schalten, Verkehrsteilnehmer auf schnellsten Routen
20 durch die Stadt führen und weitere Verbesserungen des Parkleitsystems umfassen.

21 Zusätzlich zu hochtechnisierten Verbesserungen des Verkehrsflusses wollen wir die **Verkehrsführung**
22 auf den Prüfstand stellen. Einbahnstraßen, Unterbindung des Linksabbiegens oder die Einrichtung
23 von Kreisverkehren wie z. B. künftig an der Kreuzung Moselweißerstraße, Behringstraße und
24 Blücherstraße in Rauental können ganze Ampelanlagen überflüssig machen.

▪ Parkraum bewirtschaften statt behindern

26 **Parkraum** ist ein knappes Gut. Und als Freie Demokraten ist uns
27 bewusst, dass knappe Güter einen Wert haben. Dennoch setzen
28 wir uns klar für moderate Gebühren ein, insbesondere für
29 Anwohnerparkausweise. Wir sind uns sicher, dass auch die
30 Anwohnerinnen und Anwohner in der Koblenzer Innenstadt sehr
31 gute Gründe für den Unterhalt ihrer Autos haben. Sie dort über
32 sprunghaft steigende Kosten, oder gar die Verknappung des
33 Parkraums weit unter Bedarf, zu gängeln, halten wir für falsch.
34 Auch kurzzeitiges Parken, um z. B. etwas Schweres und
35 Unhandliches im Fachgeschäft vor Ort kaufen und
36 abtransportieren zu können, muss erschwinglich, aber vor allem
37 räumlich überhaupt möglich bleiben. Das gilt ebenso für die
38 umliegenden Stadtteile. Die Parkraumbewirtschaftung muss
39 grundsätzlich novelliert werden.



Als Optimisten sind wir uns sicher: In Zukunft wird sich die Notwendigkeit für Parkplätze in einigen Stadtteilen und Wohnvierteln verringern. Dafür braucht es die **Verbesserung** des ÖPNV, die Etablierung von Car-Sharing-Modellen und andere Angebote an die Bürgerinnen und Bürger. Das wird neue Kapazitäten schaffen, Parkplätze für andere Zwecke umzuwidmen. Auch heute verschließen wir Freie Demokraten uns nicht aus Prinzip vor der Umwidmung von Parkflächen z. B. zu Gunsten des Radverkehrs. Wir sind dabei aber sehr auf die Wahrung aller Interessen bedacht und werden nicht pauschal Parkraum opfern. Wir streben an, die gesamte kommunale Parkraumbewirtschaftung flächendeckend um App-basierte Smart-Parking-Lösungen zu erweitern.

- **Seilbahn erhalten und in den ÖPNV integrieren**

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass die Seilbahn auch **über das Jahr 2031 bestehen** bleiben wird. Aus unserer Sicht ist diese unkomplizierte Verbindung zwischen Altstadt und der Festung Ehrenbreitstein für Koblenz unverzichtbar. Erst durch die Seilbahn ist die Festung Ehrenbreitstein wieder für einen größeren Teil der Koblenzer und für den Tourismus erlebbar geworden. Ohne Seilbahn wären auch die vielen kulturellen Veranstaltungen auf der Festung nicht in der heutigen Form möglich. Daher unterstützt die FDP die Bestrebungen der Stadtverwaltung, die Talstation optisch so umzubauen, dass sie aus Sicht der UNESCO den Blick auf St. Kastor und damit das Welterbe Oberes Mittelrheintal weniger stört. Sollte die UNESCO allerdings weiterhin auf dem Abbau der Seilbahn bestehen, werden wir uns dafür einsetzen, die Seilbahn zu behalten, auch auf Kosten des Welterbestatus.

Darüber hinaus wollen wir die Seilbahn **in den ÖPNV integrieren**, um so beispielsweise den Bewohnerinnen und Bewohnern von Niederberg eine kostengünstige und schnelle Verbindung in die Altstadt zu bieten. Dafür wollen wir auf dem Festungsplateau mehr Parkplätze und Abstellplätze für Fahrräder einrichten lassen, um die Erreichbarkeit der Bergstation für mehr Bürgerinnen und Bürger zu ermöglichen.

- **Wir alle sind Fußgänger**

Wir Freie Demokraten messen dem **Fußverkehr** eine besondere Bedeutung zu. Das schließt Fußwegplanungen und die Integration in lokale Kleinstmobilitätskonzepte ein. Wir setzen uns dafür ein, dass gerade mit der steigenden Zahl schneller Fahrräder und Scooter die Sicherheit von Fußgängern im Blick bleibt.

Bürgersteige und Fußgängerzonen müssen **sicher und barrierefrei** sein. Insbesondere in der Innenstadt sollen Fußwege sicher sein und auch die Bedürfnisse des Einzelhandels und Lieferverkehrs berücksichtigt werden. Eine starke Wirtschaft und lebendige Innenstädte sind entscheidend für den Erfolg von Koblenz.

Wir setzen uns für den **Abbau von Barrieren** zwischen einzelnen Stadtteilen ein. So wird die Stadt Koblenz durch Rhein, Mosel, die Bundesstraßen 9 und 42 und die Bahnstrecken gerade für den Fußgänger stark segmentiert. Eine besonders große Zäsur in Innenstadtnähe bildet der Saarpfatz. Wir setzen uns für eine Machbarkeitsstudie ein, mit der geprüft werden soll, ob die Bundesstraße 9 zwischen Friedrich-Ebert-Ring und Europabrücke unter die Erde verlegt werden kann. Dies könnte zu mehr Grünflächen am Rand der Innenstadt und einer verbesserten Anbindung des Rauentals insbesondere für Fußgänger führen. Die Interessen der Autofahrer würden aber genauso gewahrt.

Wir streben darüber hinaus auch einen barrierefreien Ausbau der Staustufe an und fordern eine **bessere Fußgänger Verbindung** zwischen Kesselheim und Bubenheim. Auch auf der Balduinbrücke müssen Fußgänger besser geschützt werden; dies kann durch eine neue Fußgängerbrücke parallel

83 zur Balduinbrücke geschehen. Den Ausbau der Horchheimer Brücke für Fußgänger befürworten wir
84 sehr.

85 ▪ Radverkehrswege zu einem Netz verknüpfen

86 Die **Sicherheit** der städtischen Radwege ist uns wichtig. Diese muss auch an Straßenkreuzungen
87 mit bedacht werden. Helfen können hier zusätzliche farbliche Markierungen. Bei der Sanierung von
88 Verkehrsachsen für den motorisierten Verkehr ist die Erneuerung, Anlegung oder Verbesserung von
89 Radwegen zu prüfen. Wir befürworten getrennte Wegführung für Autos, Fahrräder und Fußgänger,
90 wo dies möglich ist. Außerdem setzen wir Freie Demokraten uns dafür ein, die vorhandenen
91 Radwege zu einem Netz zusammenwachsen zu lassen.

92 Wir werden uns für die **Sanierung und Verbesserung** der Fuß- und Radwege entlang von Rhein
93 und Mosel einsetzen, insbesondere für den zügigen Baubeginn des Radwegs zwischen Moselweiß
94 und Lay. Außerdem werden wir mit der Verwaltung Lösungen suchen, um die Unterbrechungen des
95 Radwegs am Hafen in Kesselheim und am Wasser- und Schifffahrtsamt in Lützel zu beseitigen. Den
96 geplanten Radschnellweg zwischen Boppard und Andernach befürworten wir.

97 ▪ Licht für Sicherheit und Komfort

98 Wir Freie Demokraten wissen, dass viele Bürgerinnen und Bürger sich in unbeleuchteten Bereichen
99 nachts unsicher fühlen. Bei neu anzulegenden Fuß- und Radwegen abseits von Straßen soll daher
100 **Beleuchtung** Standard sein. Das bestehende Wegenetz ist auf Nachrüstung zu prüfen, insbesondere
101 Unterführungen.

102 Wir setzen uns für die Verwendung sparsamer Leuchtmittel im öffentlichen Raum ein. In
103 Wohngebieten ist uns außerdem eine ausreichende, aber dezente bzw. abgeschirmte Beleuchtung
104 wichtig, damit Anwohnerinnen und Anwohner möglichst wenig **Lichtemissionen** ausgesetzt werden.
105 Bei neu aufgestellten oder aus triftigen Gründen auszutauschenden Laternen wollen wir künftig auf
106 Aktivierung bei Bedarf, also durch Sensoren, setzen.

107 ▪ Verkehrsachsen ausbauen, Lücken schließen

108 Wir wollen die Entlastung von Wohngebieten und Stadtteilen vom
109 Durchgangsverkehr und betonen die Notwendigkeit
110 leistungsfähiger **Umgehungsstraßen**. Dabei liegen uns die
111 Sicherheit und die Stauvermeidung gleichermaßen am Herzen
112 und wir werden die Erreichbarkeit wichtiger Einrichtungen und
113 Geschäfte dabei gewährleisten.

114 Beispielsweise setzen wir uns für den Bau Ost-West-Achse der
115 Nordtangente ein, da der Bauabschnitt für die Nord-Süd-Achse
116 mittlerweile abgeschlossen ist. Außerdem befürworten wir eine
117 **Ortsumgehung** von Bubenheim und fordern ein neues
118 Verkehrskonzept für den Ortsteil Güls. Den Ausbau der Otto-von-
119 Schönhagen-Straße zwischen Maria Trost und Bundesstraße 9
120 halten wir für wichtig, um dem dortigen Wasserschutzgebiet
121 gerecht zu werden und um Staus und Abgase in der
122 Hauptverkehrszeit in diesem Gebiet zu reduzieren.



123 ▪ Öffentlichen Personennahverkehr modernisieren

124 Wir Freie Demokraten setzen uns für einen leistungsfähigen Öffentlichen Personennahverkehr
125 (ÖPNV) ein. Nachdem in den letzten Jahren der Busverkehr in Koblenz deutlich verbessert wurde,
126 wollen wir unser Augenmerk auf Verbesserungen im **Bahnverkehr** legen. Wir werden uns für den
127 Ausbau und die Modernisierung bestehender Bahnhöfe und Bahnhaltepunkte einsetzen und unsere
128 Vision eines S-Bahn-Netzes im Großraum Koblenz weiter vorantreiben. Zu dieser gehören auch die
129 aktuell in Planung befindlichen Haltepunkte Verwaltungszentrum und Horchheim. Neben den
130 bestehenden Strecken gehört ebenso die zu reaktivierende Bahnstrecke von Lützel nach Rübenach
131 mit den Optionen Bassenheim sowie Güterverkehrszentrum dazu. Wir sprechen uns für eine
132 gemeinsame Initiative mit dem Landkreis Mayen-Koblenz aus, um die Strecke zu priorisieren und
133 bereitstehende Fördermittel zu beantragen. Besonders wichtig ist uns der barrierefreie Ausbau der
134 Bahnhöfe für die kommende Bundesgartenschau. Hier sehen wir in den anstehenden
135 Generalsanierungen der Bahnstrecken des Mittelrheintals eine große Chance für
136 Modernisierungsmaßnahmen an den Bahnhöfen Lützel und Ehrenbreitstein und für weitere
137 Maßnahmen am Hauptbahnhof.

138 Wichtig ist uns auch die weitere **Digitalisierung** im ÖPNV. Tickets sollen digital erworben werden
139 können und aktuelle Abfahrtszeiten von Bussen und Bahnen (beispielsweise bei Streik) leichter und
140 schneller aus digitalen Informationssystemen abrufbar sein. Digitale Prozesse und anonymisierte
141 Bürgerdaten helfen bei der Erfassung anonymisierter Bewegungsdaten und sind für die
142 Weiterentwicklung des ÖPNV unerlässlich. Dennoch wollen wir nicht-digitale Prozesse vorerst nicht
143 vollständig abschaffen.

144 Die Stadt Koblenz soll gemeinsam mit den benachbarten Landkreisen und mit den privaten Akteuren
145 technologieoffen die Umstellung auf **CO₂-neutrale Antriebsoptionen** unterstützen. Beispielsweise
146 sind die alten Dieselbusse der Koveb sukzessive gegen neue mit klimaneutralen Antrieben
147 auszutauschen.

148 ▪ Mobilitätshubs: P+R und mehr

149 Wir Freie Demokraten setzen uns für einen leistungsfähigen Öffentlichen Personennahverkehr
150 (ÖPNV) ein, der gut vernetzt ist mit Rad- und PKW-Verkehr, auch durch kostenlose oder
151 kostengünstige Park+Ride-Anlagen, und lokale Besonderheiten wie Fähren und die Seilbahn
152 berücksichtigt. Solche **Mobilitätshubs** sind vor allem für die Regulierung der Pendlerströme relevant.
153 In einem Flächenland wie Rheinland-Pfalz und als Ballungszentrum umgeben von ländlichem Raum
154 müssen wir über die Koblenzer Stadtgrenzen hinausdenken. Wir werden uns mit den umliegenden
155 Kommunen um die Einrichtung von Mobilitätshubs mit Schienenanbindung kümmern. Sie sollen für
156 die zahlreichen Einpendlerinnen und Einpendler Abstell- und Lademöglichkeiten sowie die
157 Anbindung an weitere ÖPNV-Elemente bieten. So begegnen wir Parkdruck und Staus in der
158 Rushhour. Wir fordern multifunktionale Quartiersparkhäuser, um den öffentlichen Parkraum zu
159 entlasten.

160 ▪ Stadt mit Tempo

161 Die Richtgeschwindigkeit innerorts von Tempo 50 hat sich bewährt, das werden wir beibehalten.
162 Um gefährliche Situationen für schwächere Verkehrsteilnehmer zu reduzieren, wollen wir
163 verantwortungsvoll mit der Möglichkeit zur Ausweisung von **Tempo-30-Zonen** beispielsweise vor
164 Kitas und Schulen umgehen. Dabei liegt uns primär die Sicherheit, aber auch die Stauvermeidung
165 am Herzen und wir werden die Erreichbarkeit wichtiger Einrichtungen und Geschäfte gewährleisten.

166 **Blitzer** können an Gefahrenstellen einen wichtigen Beitrag zur Unfallprävention leisten. Auch mobile
167 Geräte sollten sich aus unserer Sicht aber auf sachlich nachvollziehbare Gefahrenstellen
168 beschränken und nicht zur Aufbesserung des kommunalen Haushalts missbraucht werden. Entsteht
169 insgesamt der Eindruck, es ginge dabei nur ums Geldverdienen, leidet darunter die Akzeptanz zur
170 Gefahrenprävention. Das wollen wir vermeiden.

171 ▪ Die Zukunft hält mehr bereit

172 Wir Freie Demokraten sind **technologieoffen** und begrüßen Initiativen zur Etablierung
173 umweltfreundlicher Antriebe. In Koblenz wollen wir die Nutzung klimaneutraler Antriebsarten im
174 ÖPNV unterstützen. Außerdem wollen wir rechtliche und bürokratische Hürden für private Akteure
175 senken, die CO₂-neutrale Antriebsoptionen anbieten möchten.

176 Autonome Taxen, Flugtaxi, wer weiß, was uns die gar nicht so ferne **Zukunft** noch bringt. Unsere
177 Infrastruktur muss auch dafür ausgelegt sein oder so flexibel, dass sie schnell auch neuen Elementen
178 der Mobilität gerecht werden kann. Klar ist für uns Freie Demokraten aber auch, dass der öffentliche
179 Raum nicht allein vom Verkehr beherrscht sein darf und sich alle Akteure an die Regeln zu halten
180 haben. Wenn in Koblenz Leih-Scooter angeboten werden, müssen sie verantwortungsvoll genutzt
181 werden. Stellen sie Gefahrenherde dar oder werden sie zur Umweltbelastung, muss Koblenz die
182 Anbieter konsequent in die Pflicht nehmen. Ein Verbot, wie es zuletzt in Gelsenkirchen
183 ausgesprochen wurde, wollen wir vermeiden.

Koblenz kann mehr Wohnen!

Koblenz ist eine lebenswerte Stadt im Wachstum. Seit der Bundesgartenschau 2011 hat sie erheblich an Attraktivität gewonnen. Viele Menschen möchten in Koblenz wohnen. Sowohl im innerstädtischen Bereich als auch in den angegliederten Stadtteilen braucht es mehr Wohnraum, um den Bedarf zu decken. Neue Arbeitsplätze ziehen weiteren Wohnraumbedarf nach sich. Auch der soziale Wohnungsbau muss zeitgleich weiterentwickelt werden, damit auch hier der Bedarf stärker gedeckt werden kann.

Wir Freie Demokraten erkennen an, dass Bürgerinnen und Bürger sehr unterschiedliche Präferenzen haben, wo und wie sie wohnen möchten. Wir stehen zu dem Grundsatz „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“, forcieren aber auch eine bedarfsgerechte Planung und Ausweisung von **Flächen für den Wohnungsbau** über den Stadtkern hinaus. Es ist von großer Bedeutung, attraktiven und bezahlbaren Wohnraum anzubieten, um Fachkräfte anzulocken und Familie und Karriere besser miteinander zu vereinen. Das sind unsere wichtigsten Vorschläge für mehr und besseres Wohnen in Koblenz:

▪ Wohnraum braucht neue Flächen

Wo es möglich ist, sollen im innerstädtischen Bereich Brachflächen für den Wohnungsbau genutzt und die rechtlichen Möglichkeiten zur Aufstockung von Bestandsgebäuden (einschließlich Lebensmitteleinzelhandel) und **Nachverdichtung** geschaffen werden. Hier kann es leicht zu Konflikten mit anderen Zielen kommen, z. B. der Entsiegelung von Flächen oder Begrünung für besseres Stadtklima oder Naherholung. Wir Freie Demokraten haben das im Blick, sehen die Schaffung von Wohnraum aber als vordergründig an.

Vor kurzem haben wir Freie Demokraten erfolgreich die Stadtverwaltung dazu angeregt, sich mit der BIMA um eine deutlich schnellere Verfügbarmachung der nicht mehr benötigten bundeseigenen **Dienstwohnungen** in Koblenz zu bemühen. Wo wir solche Potentiale entdecken, werden wir auch in Zukunft konsequent darauf drängen, sie schnellstmöglich zu heben. Ungenutzter, weil vernachlässigter Wohnraum ist für uns in der aktuellen Lage nicht akzeptabel.

Doch das wird nicht reichen, um den Druck aus dem Wohnungsmarkt zu nehmen. Daher braucht es die schnelle **Ausweisung von weiteren Flächen** für den Wohnungsbau. Dabei legen wir ein besonderes Augenmerk auf zukunftsste Infrastruktur.

▪ Privaten Wohnungsbau zum Wohle aller ermöglichen

Wir Freie Demokraten unterstützen Wohnungsbauinitiativen von privaten Investoren. Denn dem Druck auf dem Wohnungsmarkt kann nur mit mehr Wohnungen begegnet werden. Wir begrüßen jede Initiative und sind sicher, dass **private Investoren** erhebliche Beiträge leisten können und wollen. Sie haben ein hohes wirtschaftliches Interesse daran, vermarktbarer Wohnflächen schnell zur Verfügung zu stellen und schaffen damit meist schneller neue Wohnungen, als die öffentliche Hand. Deshalb unterstützen wir auch die Initiativen privater Investoren zur Umsetzung der



41 Wohnprojekte „An der Königsbach“, im „Rosenquartier“ in Lützel und der „Ellingshöhe“ (Gelände
42 der Fritsch-Kaserne).

43 Davon versprechen wir uns auch mehr **sozialen Wohnungsbau**. Die stadteigene Koblenzer
44 Wohnbau ist vor dem Hintergrund der im Wohnungsbau benötigten finanziellen Mittel allein nicht
45 in der Lage, eine genügende Anzahl von Sozialwohnungen bereitzustellen. Private Investoren stehen
46 aufgrund vielfältiger staatlicher Förderprogramme bereit, in den sozialen Wohnungsbau zu
47 investieren. Wir setzen uns dafür ein, dass die Verwaltung diesen Investoren geeignete Grundstücke
48 für den sozialen Wohnungsbau anbietet.

49 ▪ Weniger Regulierung für mehr Wohnraum

50 Die meisten Vorgaben für Bauten kommen aus Mainz, Berlin oder Brüssel. Wir wollen in Koblenz
51 alle **Regularien und Anforderungen auf den Prüfstand** stellen, die nicht durch ein Landes- oder
52 Bundesgesetz zwingend sind. Das gilt sowohl für ihren bürokratischen Aufwand, als auch ihre reine
53 Notwendigkeit. Denn solange wir viel zu wenig Wohnraum haben, muss man es nicht noch
54 komplizierter machen. Gleichzeitig kann die Verwaltung entlastet werden.

55 Wir Freie Demokraten wollen Eigentümerinnen und Eigentümern eine einfachere Überprüfung des
56 Denkmalschutzstatus ihrer Immobilie ermöglichen. **Denkmalschutzauflagen** sollten auf den
57 Prüfstand. Zu starre Statuten und Auflagen bezüglich des Denkmalschutzes hemmen Investitionen in
58 Gebäude und führen dazu, dass Eigentümerinnen und Eigentümer Bauten gezielt dem Verfall
59 preisgeben. Dem wollen wir entgegenwirken. Aufwand für Instandsetzung und Erhalt von
60 denkmalgeschützten Bauten ist häufig kostspielig. Wir wollen mit entsprechender Anpassung der
61 Grundsteuer diese Kosten für engagierte Eigentümerinnen und Eigentümer senken.

62 ▪ Mieter und Eigentümer nicht zusätzlich belasten

63 Hohe Mieten und Kaufpreise durch Wohnungsmangel und hohe Baukosten durch eine ungünstige
64 Lage der Baubranche sind das Eine, staatlich aufgebürdete Belastungen das Andere. Wir Freie
65 Demokraten setzen auf privates Wohneigentum und Immobilienbesitz. Eigenes Wohneigentum ist
66 zentral für private Sicherheit und Altersvorsorge. Durch die Reform der Grundsteuer haben viele
67 Mieter und Eigentümer Sorge vor einer steigenden **Steuerbelastung**. Wir setzen uns vor Ort für eine
68 aufkommensneutrale Grundsteuerreform ein und lehnen eine pauschale Steuererhöhung ab. Die in
69 den meisten Bundesländern abgeschafften Wiederkehrenden Ausbaubeiträge (WKB) lehnen wir ab.
70 Sie führen zu Rechtsunsicherheit und Bürokratisierung im kommunalen Bereich.

71 ▪ „Privat vor Staat“ in der kommunalen Wärmeplanung

72 Die Wärmewende wird eines der größten Infrastrukturprojekte der nächsten Jahrzehnte in Koblenz
73 werden. Uns ist wichtig, dass dies effizient und ohne Ideologie umgesetzt wird. Auch beim Kampf
74 gegen den Klimawandel sollte „Privat vor Staat“ gelten. Dass die Stadt eigene **Wärmelösungen**
75 anbietet, lehnen wir ebenso ab, wie einen Anschluss- und Benutzungszwang in bestehenden
76 Wohngebieten.

Koblenz kann mehr Bildung!

Unsere Kinder sind unsere Zukunft. Wir wollen vor Ort die Weichen für **weltbeste Bildung** stellen. Als rohstoffarmes Land bleibt uns zum Erhalt des Wohlstandes nur, was in unseren Köpfen ist. Bildung sichert aber auch dem Individuum persönliche Freiheit, sowohl wirtschaftlich durch höhere Aufstiegschancen, als auch durch die Erweiterung des eigenen Horizonts. Wir Freie Demokraten sind uns dessen bewusst und handeln entsprechend.

In den Kommunen kann nicht an allen Stellschrauben gedreht werden. Lehrplan und auch personelle Ausstattung der Schulen liegen nicht in unserer Hand. Aber in Koblenz können wir dennoch viel für Bildung tun. Wir können ein **Umfeld schaffen** und die Lehrenden und Erziehenden abseits ihrer Kernaufgaben entlasten, damit Talente früh entdeckt und optimal gefördert werden. Das beginnt in der KITA und kann bis ins hohe Alter gehen. Denn es ist ja bekanntlich nie zu spät, noch etwas Neues zu lernen. Das sind unsere wichtigsten Vorschläge für mehr Bildung in Koblenz:

▪ Kitas breit aufstellen

Wir Freie Demokraten treten für eine **Vielfalt von Kitaträgern** mit unterschiedlichsten Konzepten und Schwerpunkten in der Kita-Landschaft ein. Im besten Fall können die Eltern so aus einer Vielzahl pädagogischer Schwerpunkte wählen, die für Sie von besonderem Interesse sind (z. B. Musik, Bewegung, Sprache, etc.). Wir begrüßen daher das Miteinander von städtischen, kirchlichen, freien und betrieblichen Trägern.

Ganztägige Angebote sind eine wichtige Grundlage für Menschen, eine Arbeit aufnehmen zu können. Zudem kann Kindern von Zuwanderern in der Kita das nötige Sprachniveau vermittelt werden, mit dem sie in der Schule von Beginn an mithalten können. Doch auch in der frühkindlichen Bildung und Erziehung herrscht Personalmangel, und attraktive Arbeitsbedingungen sowie Entlastung von administrativen Aufgaben sind entscheidende Maßnahmen, um **qualifizierte Kräfte** anzuziehen. Es ist notwendig, die Belastung des pädagogischen Personals zu reduzieren, um eine qualitativ hochwertige frühkindliche Bildung unserer Kinder sicherzustellen.

Insbesondere die Einrichtung von **Betriebskitas** wird von uns Freie Demokraten befürwortet, denn die Verzahnung hat große Vorteile für das Kind und die arbeitenden Eltern(teile): Das Kind ist bestenfalls räumlich in der Nähe, die Eltern haben somit kurze Wege bei der Abhol- und Bringsituation. Zudem können Arbeitszeiten und Öffnungszeiten der Kita miteinander harmonisieren. Unternehmen, die eine Betriebskita einrichten oder erweitern wollen, werden wir dabei bestmöglich unterstützen.

▪ Mehr Ganzttag anbieten

Wir fordern auch weiterhin den zügigen Ausbau weiterer freiwilliger **Ganztagserschulangebote** sowohl im Grundschul- als auch im weiterführenden Schulbereich. Die bisherige Praxis der Stadt Koblenz, weitere Schulen am Schulstandort diese Angebote und Möglichkeiten einzuräumen und zu prüfen, wird von uns unterstützt. Zusammenarbeit mit ortsansässigen Vereinen und Gruppen begrüßen wir ausdrücklich.

▪ Schulen und Schulhöfe sanieren und modernisieren

Wir unterstützen auch weiterhin die **Modernisierung** bisheriger Schulstandorte und prüfen die zusätzliche Modernisierung mit modernen NAWI-Fachräumen (naturwissenschaftliche Räume) zusätzlich zu den bisherigen Regelungen in Koblenz (zwei pro Jahr). Raumtemperaturen müssen

für konzentriertes Arbeiten über den gesamten Tag hinweg angenehm sein. Kühlung im Sommer und Heizung im Winter sind bei der energetischen Sanierung von Schul- und Kitagebäuden und Neubauten mitzudenken.

Auch die Sanierung der **Schulhöfe** soll weiter vorangetrieben werden. Wir möchten, dass in Koblenz entsiegelte Schulhöfe mit kindgerechten Bewegungsmöglichkeiten, Räume für Ruhe und Orte des Lernens entstehen.

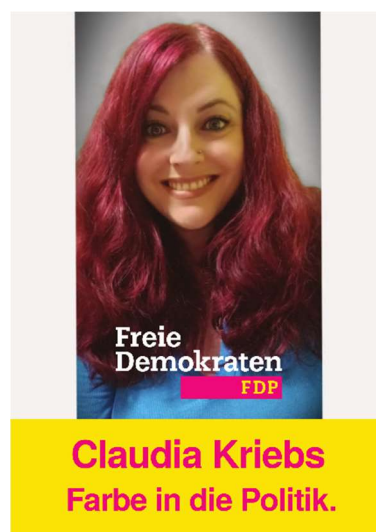
▪ Beste Ausstattung für beste Schulen

Beste Bildung bedeutet für uns auch, dass wir die beste **Ausstattung** brauchen. Denn nur, wer sich in seiner Schule wohlfühlt, wird auch gerne und erfolgreich lernen. Neben neuen Formen der Schulen und des Lernens (Cluster-Schulen, wie wir sie in Koblenz z. B. beim Neubau der Freiherr-vom-Stein-Grundschule umgesetzt haben) werden wir uns für eine Ausstattung mit modernen, ergonomischen Sitz- und Schreibmöbeln einsetzen.

In den letzten Jahren wurden die Koblenzer Schulen Zug um Zug an ein schnelles Netz angebunden und mit zusätzlichen WLAN-Routern ausgestattet. Digitale Tafeln gehören mittlerweile zur Ausstattung. Nach den entsprechenden Schulkonzepten der jeweiligen Schulen wurden Schulen mit Tablets und anderen **Endgeräten** ausgestattet. Wir werden uns dafür einsetzen, diesen Weg in Abstimmung mit den Schulen weiterzubetreiben und auch zeitgerecht für einen Austausch evtl. überalterter Geräte sorgen. Wir setzen uns auch dafür ein, dass die Schulen durch fachmännische IT-Betreuung weiter unterstützt werden.

▪ Mehr aus dem Schülerpreis machen

In der auslaufenden Ratsperiode hat die FDP-Fraktion den „Wettbewerb digitale Bildung“ entworfen und beantragt, der einstimmig angenommen wurde. Er sieht einen ersten, zweiten und dritten Preis für alle engagierten Lehrer, Schülerinnen oder Gruppen vor, denen es in herausragender Weise gelingt, digitale Tools für besonders effektives Lernen zu entwickeln und / oder einzusetzen. Mit diesem Wettbewerb tragen wir dazu bei, die besonderen **Chancen der Digitalisierung** für bewährte und neue Bildungsziele fruchtbar zu machen. Er soll daher in der kommenden Ratsperiode bekannt gemacht und erstmals durchgeführt werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass über die Prämierung hinaus die Ideen auch weiterverfolgt und auf die Koblenzer Bildungseinrichtungen ausgerollt werden.



▪ Der Lehrkörper muss wieder mehr lehren können

Die Schulen stehen vor wachsenden Herausforderungen, die über die eigentliche Bildungsarbeit hinausgehen. Steigender Verwaltungsaufwand und die Konfrontation mit einer Vielzahl von Schülerproblemen belasten **Lehrkräfte** zusätzlich. Aktuelle Berechnungsmethoden für Sekretariatsstunden sind nicht praxisgerecht, da sie die vielfältigen Aufgaben im Schulsekretariat nicht ausreichend berücksichtigen. Wir wollen eine Überarbeitung dieser Berechnungsmethoden durch die Stadtverwaltung erwirken, die die realen Anforderungen besser widerspiegelt. Außerdem sollen alle bürokratischen Prozesse, die Schulen und andere Bildungseinrichtungen betreffen und von der Stadt Koblenz selbst verantwortet werden, auf den Prüfstand. Sie sind zu vereinfachen oder abzuschaffen.

84 Wir wollen die Lehrkräfte an den Koblenzer Schulen zudem durch Anwerbung und gezielten Einsatz
85 von unterstützendem Personal wie Schulsozialarbeitern, Schulkrankenpflegern, Schulpsychologen,
86 und IT-Fachkräften entlasten. Diese sollen Verwaltungsaufgaben übernehmen und den **Schulbetrieb**
87 **effizienter und digitaler** gestalten, während die Lehrkräfte sich auf den Unterricht konzentrieren
88 können.

89 ▪ Investition in lebenslanges Lernen

90 Der Bereich der **Erwachsenenbildung** umfasst die längste Phase im Lebenslauf und ist damit ein
91 entscheidender Baustein im Prozess des lebenslangen Lernens. Menschen jeden Alters sollen in
92 Koblenz die Möglichkeit haben, sich in einer sich ständig wandelnden Welt weiterzubilden und
93 persönlich und beruflich weiterentwickeln zu können. Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein,
94 dass die Stadt Koblenz dies weiter ermöglicht, nicht nur über den Erhalt der Volkshochschule.

Mehr in die Zukunft gedacht: Klima und Umwelt

Freie Demokraten sehen den Menschen als Teil der Natur, nicht als Gegner der Umwelt. Bei den Herausforderungen zum Schutz der natürlichen **Lebensgrundlagen** setzen wir Freie Demokraten auf den menschlichen Erfindungsgeist und den Wettbewerb um die besten Ideen, Techniken und Wege, um einen ressourcenschonenden Umgang mit unserer Umwelt zu ermöglichen.

Wir erkennen die **Klimaschutzziele** an und leisten als FDP bereits seit 1971 Beiträge zum Schutz der Umwelt und des Klimas. Das sind unsere wichtigsten Vorschläge für ein wetterfestes Koblenz:

▪ **Neue Erneuerbare**

Bevor mit verschärften Bauvorschriften und Eingriff in den Verkehr die Bürgerinnen und Bürger in die Pflicht genommen werden, soll die Stadt Koblenz unserer Meinung nach bei sich selbst mit **Anpassungen** beginnen und zugleich Privatpersonen und Unternehmen Spielräume für eigene, freiwillige Maßnahmen eröffnen.

Dort wo es physikalisch sinnvoll, statisch möglich und unter angemessener Berücksichtigung des repräsentativen Charakters angebracht ist, sollen **städtische Gebäude mit Solaranlagen** ausgestattet werden. Bei der Ausweisung von Flächen für Windkraftanlagen sollen Beteiligungskonzepte für die Anwohnerinnen und Anwohner geprüft werden. Finanzielle Beteiligung am kann zu deutlich höherer Akzeptanz führen.

Im Zuge der kommunalen Wärmeplanung muss in Koblenz weitergedacht werden. Es darf sich nicht allein auf den Aufbau eines Fernwärmenetzes beschränkt werden. Stattdessen sollen auch Optionen wie **Nahwärme** und, im Falle unserer geographisch dafür günstig gelegenen Stadt, auch Flusswärme und weitere innovative Ideen betrachtet werden. Dabei setzen wir Freie Demokraten auf Wettbewerb und soll nicht selbst als Unternehmerin auftreten. Aus demselben Grund sind wir auch gegen einen Anschlusszwang von Bestandsimmobilien an neu entstehende Wärmenetze.

▪ **Auf das Unvermeidliche vorbereiten**

Bei allen denkbaren Maßnahmen, die gegen den Klimawandel unternommen werden können, müssen wir uns damit abfinden, dass **Wetterextreme** in Zukunft zur Normalität werden. Heiße Sommer und auch Starkregenereignisse der Größenordnung, die zur Überflutung des Ahrtals geführt hat, werden uns mit hoher Wahrscheinlichkeit unregelmäßig, aber häufiger vor Herausforderungen stellen.

Koblenz ist, auch wegen der Lage an zwei großen Flüssen, seit jeher auf Überflutungen eingestellt. **Notfallpläne** und Maßnahmenkataloge liegen vor, wir wollen sie aber regelmäßig überprüfen lassen und auf Basis neuer Forschungsergebnisse, innovativer technischer Lösungen und Erfahrungswerten vergleichbarer Kommunen nachbessern. Die Notwendigkeit bzw. Sinnhaftigkeit von Entsiegelung und Aufforstung sind bei Umwidmung oder Erschließung von Flächen zu betrachten.

Um die erwartbaren Hitzeperioden abzumildern, sind ebenfalls Maßnahmen zu ergreifen. Wasser muss in der Stadt gehalten werden, um seine **kühlende Wirkung** zu entfalten. Wortwörtliche Hotspots sind baulich zu verändern, der Schutz vor Sonneneinstrahlung zu verbessern und Begrünung jeglicher Art – am Straßenrand, in Fußgängerzonen, auf kleinen innerstädtischen Freiflächen (Tiny Forests), an Fassaden, auf Dächern, z. B. der Bushaltestellen zu nutzen. Die Pflanzenauswahl für Stadtgrün und Waldaufforstung muss frühzeitig auf widerstandsfähige,

41 pflegeleichte Gewächse umgestellt werden. So haben wir Freie Demokraten den Einsatz von
42 Sukkulenten statt hitzeunbeständiger niedriger Pflanzen in Beeten angeregt. Als Nebeneffekt bleiben
43 die öffentlichen Grünflächen dauerhaft ansehnlich, statt nach der ersten Hitzewelle eines jeden
44 Sommers nur noch ein trauriges Bild abzugeben.

45 ▪ Richtige Maßnahmen richtig ergreifen

46 Wir Freie Demokraten setzen uns für eine verstärkte **Begrünung** von Städten und Gemeinden ein,
47 um den Herausforderungen des Klimawandels entgegenzuwirken. Dies umfasst mehr Bäume,
48 Grünflächen an Gebäuden und öffentlichen Einrichtungen sowie eine Reduzierung von
49 Flächenversiegelung. Wir wollen, dass diese Maßnahmen so unbürokratisch und kosteneffizient wie
50 möglich umgesetzt werden. Nicht alles muss neu erfunden, regelmäßig überwacht und vielfach
51 diskutiert werden. Die Baumschutzsatzung zum Beispiel sollte dringend zurückgenommen werden.
52 Sie ist ein bürokratisches Konstrukt, welches enorme (Verwaltungs-)Kosten produziert hat und sich
53 sogar kontraproduktiv auswirken kann, da durch diese jungen Bäume ggf. vorzeitig gefällt werden,
54 weil sie wenige Jahre später unter den Schutz der Erhaltungssatzung gestellt werden würden. Wir
55 wollen Möglichkeiten für Urban Gardening schaffen. Brachliegende Grünflächen in Städten können
56 so sinnvoll genutzt werden. Mit einem absoluten Minimum an Auflagen ermöglicht dies
57 interessierten Bürgerinnen und Bürgern eine aktive Teilhabe an der Gestaltung des Stadtbildes,
58 erhöht die Lebensqualität und kann einen Beitrag zum Umwelt- und Artenschutz leisten.

59 Es braucht aber keinen formalen „Klimanotstand“, dessen Ausrufung wir rückgängig machen
60 wollen. Er führt nicht zu besseren Ansätzen von Politik und Verwaltung, suggeriert aber zum einen,
61 dass dem so wäre, und zum anderen, dass es Anlass zur Panik gäbe. So fordern wir Freie
62 Demokraten auch die Auflösung der Klimaschutzkommission, die in den vergangenen vier Jahren
63 keinen ersichtlichen Mehrwert gebracht, jedoch zeitliche und finanzielle Ressourcen gebunden hat.
64 Die Aufgabe zur Erarbeitung klimaschützender Maßnahmen kann auch im Umweltausschuss
65 stattfinden, der ebenfalls Experten zur Beratung heranziehen und sie um Erarbeitung von
66 Vorschlägen bitten kann.

67 Wenn in Koblenz Pilotprojekte oder weitergehende Maßnahmen
68 angestoßen werden, die eine höhere **Resilienz gegen Hitze**
69 schaffen sollen, erwarten wir Freie Demokraten eine effiziente
70 Umsetzung und angemessene Gewichtung eventueller
71 Nebenziele der Maßnahme. Dass eine Maßnahme zur
72 Umgestaltung eines Hotspots in Rauental, drei Jahre nachdem sie
73 gestartet ist und von diversen Politikern als großer Wurf für
74 Klimaresilienz und Auftakt einer Reihe von Maßnahmen
75 gepriesen wurde, noch in der Planungsphase ist und zudem
76 inzwischen von dem recht üppigen Budget irgendwann nur noch
77 ein Bruchteil der zunächst geplanten Bäume zur Beschattung des
78 Areals gepflanzt werden wird, entspricht nicht unseren
79 Vorstellungen. Hier werden wir auf zügigen Abschluss und vor
80 allem Folgeprojekte drängen. Bei Maßnahmen dieser Art ist auch
81 auf Erfahrungswerte anderer Städte, ggf. auch aus dem Ausland
82 zurückzugreifen, um Planungszeiten zu verkürzen.



Mehr gemeinsam, mehr individuell, mehr für alle

Koblenz, das sind die Menschen, die hier wohnen. Wir Freie Demokraten sehen die Bedürfnisse der Menschen und die Faktoren, die Koblenz erst lebenswert machen. Die Aufgabe der Stadt sehen wir darin, **Möglichkeiten der individuellen Entfaltung** zu eröffnen, Eigenverantwortung und Engagement anzuregen und zu fördern, Unterstützung zu leisten, wo sie gebraucht wird, und Sicherheit zu geben. Diese Dinge gibt es nicht zum Nulltarif. Wir Freie Demokraten stehen für Haushaltsdisziplin und wollen den künftigen Generationen Handlungsspielräume erhalten. Aber wir prüfen sehr genau, was finanziell möglich ist, nachhaltig wirkt und Koblenz echten Mehrwert bringt.

Sportangebote, Kulturveranstaltungen, Brauchtumpflege sind **weiche Standortfaktoren**, die unsere Stadt attraktiv für Einheimische und Auswärtige machen. Koblenz ist Hochschulstandort und viele junge Menschen verbringen die letzten Jahre ihrer Ausbildung und gleichzeitig ersten Jahre der Unabhängigkeit in unserer Stadt. Wir wollen ihnen im Anschluss nicht nur gute Arbeitsplätze bieten. Als großer Verwaltungs-, Dienstleistungs- und Gesundheitsstandort pendeln viele Arbeitskräfte zudem von nah und fern täglich oder wöchentlich nach Koblenz. Wir Freie Demokraten wollen sie davon überzeugen, dass man nicht nur arbeiten kann, wo andere Urlaub machen. Man kann in Koblenz auch wunderbar wohnen. Das sind unsere wichtigsten Vorschläge, wie Koblenz noch attraktiver wird:

▪ Mehr feiern

Straßen-, Begegnungs-, Vereins- und Nachbarschaftsfeste wollen wir unterstützen. Wo Menschen sich kennen, achten sie aufeinander. Entsprechende **Veranstaltungen** sollen seitens der Verwaltung so unbürokratisch wie möglich genehmigt, begleitet und unterstützt werden. Wir sehen hierfür den Vereinskordinator in der Stadtverwaltung als wichtige Institution an, die wir erhalten und bei Bedarf weiter stärken wollen.

Wir Freie Demokraten wollen dem Clubsterben entgegenwirken, indem wir bürokratische Hürden senken, **Clubkultur** in die Raumplanung integrieren und eine enge Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Clubs schaffen, die auch eine Nutzung öffentlicher Räume wie Parks für Veranstaltungen einfacher ermöglicht. Ermessensspielräume im Rahmen von Genehmigungsverfahren sollen ausgeschöpft werden.

Große Veranstaltungen wie das Koblenzer Sommerfest, das Weinfestival und der Weihnachtsmarkt bereichern unsere Stadt und bieten nicht nur auswärtigen Gästen tolle **Erlebnisse**. Wir wollen sie auch in Zukunft unterstützen und plädieren für ausgewogene Konzepte, die sowohl niederschwellige Teilnahme für alle Bevölkerungsschichten, als auch innovative, exklusive und kostendeckende Elemente enthält. So werden diese Veranstaltungen in jeder Hinsicht ein Gewinn für Koblenz. Unter diesen Voraussetzungen sind wir auch offen für neue Ideen, zum Beispiel einem Brückenfest auf der Balduinbrücke nach dem Vorbild des Würzburger Mainbrückenfestes.

▪ Ehrenamt stärken

Ehrenamt trägt zu individueller Teilhabe, gesellschaftlicher Integration, sozialen Bindungen, kulturellem Leben und Gesundheit bei. Es nützt nicht nur der Gesellschaft, es kann auch erfüllend für die Aktiven sein. Außerdem unterstützt es die Bildung von stabilen demokratischen Strukturen. Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass Ehrenamt in Koblenz noch sichtbarer und attraktiver wird. Dafür wollen wir die Leistungen der Ehrenamtskarte regelmäßig aktualisieren und zwischen Freiwilligen und hilfsbedürftigen Personen und Institutionen vermitteln.

Eine besondere Form des Ehrenamtes ist das Engagement bei der Freiwilligen Feuerwehr. Auch mit dem Ausbau der Berufsfeuerwehr in Koblenz haben die freiwilligen Einheiten ihre Berechtigung nicht verloren und sind wichtiger Bestandteil der Sicherheitsarchitektur unserer Stadt. Wir wollen sie und andere **Akteure des Bevölkerungsschutzes** dabei unterstützen, attraktiver für immer noch unterrepräsentierte Frauen zu werden, Menschen mit Migrationshintergrund zu gewinnen und zu integrieren sowie ein hohes Technologie- und Ausbildungsniveau zu halten. Respektlosem Verhalten und Angriffen auf Einsatzkräfte treten wir entschieden entgegen.

▪ **Kindern und Jugendlichen mehr bieten**

Kinder und Jugendliche benötigen **öffentliche Räume** für ihre geistige und körperliche Entwicklung, angefangen von Spielplätzen, Jugendräumen bis hin zu Jugendzentren. Diese Plätze unterstützen Freiheit und Eigenverantwortung und fördern Experimentieren, Begegnung, kreatives Gestalten und Gemeinschaft. So können Kinder und Jugendliche spielerisch lernen, ihren Platz in der Gesellschaft zu finden.

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass Spielplätze kontinuierlich in einem guten Zustand gehalten werden. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass die personelle und finanzielle **Ausstattung** der Einrichtungen immer wieder dem aktuellen Bedarf angepasst wird und offene Stellen besetzt werden.

Insbesondere in den Ortsteilen Lützel und Metternich sehen wir hier einen erhöhten Bedarf. In **Rübenach** sehen wir den Bedarf eines neuen Jugendtreffs, der zum Beispiel in der heutigen Kita Zauberland untergebracht werden kann, nachdem diese in einen Neubau umgezogen ist.

Die Kunstform **Graffiti** bietet Jugendlichen eine spannende und gern angenommene Möglichkeit, selbst künstlerisch aktiv zu werden. Wir wollen Kreativität fördern und daher im Rahmen der Jugendarbeit entsprechende Angebote machen, sowie zusätzlich zur sogenannten „Wall of Fame“ unter der Europabrücke geeignete Flächen für legale Graffiti zur Verfügung stellen.

Jugendliche interessieren sich für die Gesellschaft in der sie leben, hinterfragen und kritisieren, suchen nach Möglichkeiten und Chancen. Damit haben sie bereits die wichtigsten Eigenschaften, um sich auch politisch zu engagieren. Wir Freie Demokraten sind überzeugt, dass **Wählen ab 16** Jahren der Reife von Heranwachsenden gerecht wird. Leider ist dies bei dieser Kommunalwahl durch die Blockadehaltung einiger Parteien im Landtag nicht möglich, wohl aber bei der gleichzeitig stattfindenden Europawahl.

Wir wollen Kindern und Jugendlichen über Gremien wie den Jugendrat weiterhin **Partizipationsmöglichkeiten** bieten und diese enger mit der Kommunalpolitik verzahnen. Die Koblenzer Schulen sollen von der Verwaltung bei Bedarf Unterstützung erfahren, um in Fächern wie Sozialkunde oder im Rahmen von Projekten auf die Besonderheiten der Kommunalpolitik eingehen zu können. Auch wir selbst stehen als engagierte Koblenzer Kommunalpolitikerinnen und -politiker gern für Diskussionsformate zur Verfügung.



82 ▪ Helfen und Vorbeugen

83 Nicht jedes Leben verläuft gradlinig, aus ganz unterschiedlichen Gründen. Wir Freie Demokraten
84 stehen für das Prinzip der **Hilfe zur Selbsthilfe**. Ziel von Unterstützungsleistungen muss es immer
85 sein, dass die Betroffenen wieder auf eigenen Beinen stehen können. Wo sich Anzeichen zeigen,
86 dass ein falscher Weg eingeschlagen wird, müssen in Koblenz präventive Maßnahmen greifen.

87 Wir setzen uns dafür ein, dass es flächendeckende pädagogische Angebote für Jugendliche gibt.
88 Die Ausgestaltung sollte je nach Infrastruktur und Begebenheiten vor Ort erfolgen. Gerade die
89 jüngsten Ereignisse in manchen Teilen von Koblenz zeigen auf, dass **präventive Arbeit** notwendig
90 ist, um die Jugendlichen in ihrer Lebenswelt abzuholen. Wir wollen dabei auch den Einsatz fachlich
91 geschulter, ehrenamtlicher Bürgerinnen und Bürger und die Einbettung in bestehende Strukturen wie
92 die Volkshochschule prüfen. Kreatives Schaffen, Sport, aber auch offene Angebote wären vor Ort
93 eine gute Möglichkeit, um junge Menschen zu fördern.

94 Wir unterstützen **Drogenpräventions- und Aufklärungskampagnen** über Risiken des
95 Drogenkonsums, beispielsweise durch Verteilung von Flyern an Schulen, Hochschulen und Clubs.
96 Hierbei sollten die Gesundheitsgefahren deutlich herausgestellt werden. Bestehende Beratungs- und
97 Behandlungsangebote für Drogenkonsumenten erachten wir als noch nicht ausreichend. Daher
98 wollen wir diese nicht nur weiter unterstützen, sondern auch neue Projekte und Strategien prüfen.
99 Zuletzt mussten wir feststellen, dass sich Drogenkriminalität in Koblenz immer offener und
100 ungenierter zeigt. Es ist daher unabdingbar, dass insbesondere die öffentlichen Räume, aber auch
101 die einschlägigen Lokalitäten stärker polizeilich kontrolliert werden.

102 ▪ Sport und Kultur in den Vordergrund

103 Sport fördert gesellschaftlichen Zusammenhalt und Integration, da sich im Sport Menschen jedes
104 Alters sowie aller sozialen und kulturellen Hintergründe begegnen und Regeln und Fairness erlernen
105 können. Öffentlich betriebene **Sportstätten** sollten besser zugänglich gemacht werden. Für beliebte
106 Laufstrecken wollen wir die Einrichtung von wartungsarmen Outdoor-Sportgeräten prüfen. Darüber
107 hinaus wollen wir sanierungsbedürftige Sportstätten verzugslos sanieren und somit einen
108 angemessenen Vereins- und Schulsport ermöglichen. Wir setzen uns für die Förderung des
109 Schwimmens ein, um Badeunfällen vorzubeugen und die Gesundheit zu verbessern. Über den
110 Schulsport muss eine Schwimmquote von 100 % bei Kindern erreicht werden.

111 Kultur sollte als Bildung in den Kitas von Anfang an gegeben sein. Durch gute und ausreichende
112 **Kulturangebote** an Kinder und Jugendliche, z. B. über die Musikschule, muss dieser Weg dann
113 weiterführen. Wir werden die Möglichkeiten prüfen, definierten Altersgruppen zu Museen oder der
114 Stadtbibliothek kostenlosen Eintritt zu gewähren, um ihr Interesse an Kunst und Kultur früh zu wecken
115 und zu fördern.

116 Kulturelle Einrichtungen wie das Theater und die Museen sind eng mit der Tourismusbranche
117 verzahnt und zugleich ein wichtiger Standortfaktor für die Wirtschaftsförderung. Daher sind wir
118 auch bereit, einen fairen Preis für sie zu zahlen. **Kunst und Kultur** sind jedoch keine Pflichtaufgaben
119 der Kommunen. Bei klammen Kassen dürfen sie nicht finanziert werden. Daher wollen wir in Zukunft
120 verstärkt auf Kosteneffizienz achten und gezielt um neue und wiederkehrende zahlende Gäste
121 werben, damit das breite Angebot erhalten bleibt. Wir befürworten die Reaktivierung einiger alter
122 Werke als „Kunst am Bau“ und sind zudem offen für neue, innovative Kunst im öffentlichen Raum,
123 wie etwa energiesparsamen Lichtinstallationen z. B. an den Moselbrücken als Aktionskunst oder
124 Dauereinrichtung.

125 ▪ Mehr Willkommenskultur, weniger ungesteuerte Migration

126 Wir brauchen Einwanderer mit unterschiedlichsten Qualifikationen für unseren Arbeitsmarkt und
127 darum brauchen wir auch eine **Willkommenskultur** und die Ablehnung von Diskriminierung und
128 Rassismus. Eine Großstadt wie Koblenz muss alle Leistungen für Einwanderer innerhalb der
129 Verwaltung an einem Kontaktpunkt bündeln und mehrsprachig, bzw. mindestens in Englisch
130 anbieten. Oberste Priorität hat für jeden Neuankömmling die umgehende Teilnahme an einem
131 Deutschkurs, der ihn auf das Niveau B1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens (GER)
132 für Sprachen bringt. Daher unterstützen wir alle Maßnahmen, die effizient zum Erlernen der
133 deutschen Sprache beitragen.

134 Wir bekennen uns zu unserer humanitären Verpflichtung, Menschen vor Krieg und Verfolgung zu
135 schützen. Wir sprechen aber auch offen an, dass es zur **Überforderung von Kommunen** und
136 örtlichen Nachbarschaften kommt. Daher fordern wir von Land und Bund die nötigen Finanzmittel
137 für die übertragenen Aufgaben der Unterbringung und Integration ein. Wir plädieren für die
138 Umstellung auf Bezahlkarten statt Geldleistungen an Asylbewerberinnen und Asylbewerber, sind
139 aber gegen einen Koblenzer Alleingang. Wir sind uns des zusätzlichen Drucks auf den
140 Wohnungsmarkt bewusst und fordern sowohl eine effiziente, aber nicht auf Dauer ausgelegte
141 Unterbringung in Sammelunterkünften, als auch den raschen Wohnungsbau, der den
142 Wohnungsmarkt insgesamt entlastet.

143 Einwanderung in unsere Sozialsysteme ist unsozial. Für uns ist es selbstverständlich, dass alle, egal
144 welcher Herkunft und aus welchem genauen Grund sie hierherkommen, Deutsch erlernen und Arbeit
145 aufnehmen, sobald ihnen Angebote gemacht werden und Erlaubnisse erteilt werden. Wir kämpfen
146 für **Ordnung bei der Migrationspolitik** und für die konsequente Durchsetzung des Rechtsstaates.
147 Dank Justizminister Herbert Mertin hat Rheinland-Pfalz bundesweit die kürzeste Verfahrensdauer
148 bei den Verwaltungsgerichten. Das zeigt die Bedeutung von Freien Demokraten in Verantwortung.
149 Wir wollen einen handlungs- und durchsetzungsstarken Rechtsstaat, der Sicherheit und Freiheit
150 gleichermaßen gewährleistet.

151 Die Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft muss aus Sicht von uns Freien Demokraten mehr
152 sein als nur ein bürokratischer Akt. Zuwanderer, die die **deutsche Staatsbürgerschaft** erlangen,
153 sind schon lange davor Teil unserer Gemeinschaft und bringen sich in diese ein. Wir wollen die
154 Überreichung der entsprechenden Urkunden in einem großen, feierlichen Rahmen begehen.
155 Einbürgerung setzt voraus, dass die betroffenen Personen nicht nur unsere Verfassung und die
156 Gesetze beachten, sondern auch jedwede antisemitische Hetze unterlassen und sich zum friedlichen
157 Zusammenleben in unserer Gesellschaft bekennen. Antisemitische Straftaten schließen eine
158 Einbürgerung aus.

159 ▪ Mehr internationale Vernetzung

160 Wir Freie Demokraten sind Anhänger des Subsidiaritätsprinzips. Daher wünschen wir uns auch
161 einen engen Austausch auf Augenhöhe zwischen Kommunen. Koblenz unterhält eine Reihe von
162 **Städtepartnerschaften** innerhalb und außerhalb Europas. In den letzten Jahren wurden diese leider
163 nicht angemessen gepflegt und genutzt. Einige bestehen bedauerlicherweise nur noch in Form der
164 Beflaggung auf dem Saarplatz.

165 Wir wollen Städtepartnerschaften neu aufleben lassen und auch neu gründen. Die schon
166 angestoßene Städtepartnerschaft mit einer ukrainischen Kommune begrüßen wir. Für uns sind diese
167 Verbindungen nicht nur eine Grundlage für intensivierten kulturellen Austausch. Sie bieten auch

168 **Chancen**, voneinander in Bereichen wie Verwaltung, Katastrophenschutz und Brandbekämpfung,
169 Klimaresilienz und Umweltschutz oder Tourismus zu lernen.

170 Unabhängig von formalen Partnerschaften wollen wir gerade Schülerinnen und Schülern den
171 internationalen **Austausch** ermöglichen und entsprechende Bemühungen von Schulen unterstützen.
172 Durch das Erleben und die direkte Kommunikation mit Menschen aus anderen Ländern schaffen wir
173 Freundschaften und fördern gegenseitiges Verständnis.

174 ▪ **Mehr subjektive und objektive Sicherheit**

175 Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass Bürgerinnen und
176 Bürger sich in ihrer Umgebung sicher fühlen. Sicherheit ist oft
177 mehr ein Gefühl, das von der Umgebung beeinflusst wird, als eine
178 Tatsache. **Sauberkeit, Helligkeit und Ordnung** tragen dazu bei,
179 dass Menschen sich sicher und wohlfühlen. Bürgerbeschwerden
180 sollen ernst genommen und zügig bearbeitet werden, um das
181 Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Gemeinde zu
182 stärken. Eine intakte Straßenbeleuchtung und regelmäßige
183 Abfallentsorgung werden als wichtige psychologische Faktoren
184 für das Wohlbefinden der Menschen in der Gemeinde betrachtet.
185 Ein besonderer Fokus muss auf der Pflege und eventueller
186 Neugestaltung von Straßenunterführungen liegen, die häufig
187 nicht ausreichend ausgeleuchtet sind und als Urinale missbraucht
188 werden.



189 Die Polizei ist Landessache, der kommunale Vollzugsdienst untersteht der Stadtverwaltung. Wir Freie
190 Demokraten setzen uns dafür ein, dass die **physische Präsenz von Polizei und Ordnungsamt** an
191 Kriminalitätsschwerpunkten ausgeweitet wird und wollen die Einsatzkräfte durch
192 Prozessoptimierungen und den Einsatz von reinen Verwaltungskräften im Innendienst entlasten.
193 Außerdem befürworten wir sogenannte Doppelstreifen, in denen beide Behörden ihre
194 Zuständigkeiten bündeln. Durch sichtbare Fuß- und Fahrradstreifen wollen wir objektiv die
195 Sicherheit verbessern. Eine flächendeckende Videoüberwachung lehnen wir ab.

196 Das hohe Aufkommen und die konsequente Erfassung von illegalen **Graffiti**s, die häufig nichts
197 anderes als unansehnliche Schmierereien sind, haben Koblenz einen Spitzenplatz in der
198 Kriminalstatistik eingebracht. Wir Freie Demokraten sehen das Ende der Freiheit des Einzelnen, wo
199 er die Freiheit des anderen verletzt. Dazu zählt auch Sachbeschädigung an privatem und
200 öffentlichem Eigentum. Daher sind solche Taten konsequent zu ahnden. Zudem müssen Schriftzüge
201 zeitnah beseitigt werden, da sie häufig nicht lange allein bleiben. Das ist kostenintensiv und soll
202 nach Möglichkeit in Kooperation mit der Privatwirtschaft, z. B. als Public-Private-Partnership, gelöst
203 werden.

204 ▪ **Mehr auf die Demokratie achten**

205 Als wehrhafte freiheitliche Demokraten stellen wir uns entschieden gegen jeden **Extremismus** – ob
206 von rechter, linker oder islamistischer Seite. Freie Demokraten stehen für eine liberale und weltoffene
207 Gesellschaft ein. Wir kämpfen dafür, dass jeder Mensch, unabhängig von Herkunft, Abstammung,
208 Glaube, Aussehen, Behinderung oder nicht, geschlechtlicher Identität oder sexueller Orientierung,
209 das eigene Leben nach seinen Vorstellungen gestalten kann. Die Verteidigung von Bürger- und
210 Menschenrechten, hier in Koblenz und weltweit, sind Grundfeste unserer politischen Haltung.

211 Wir bekennen uns zur Religionsfreiheit, wie wir uns auch für die Trennung von Staat und Kirche
212 einsetzen. Wir sind uns bewusst, dass für viele Menschen Spiritualität und Riten ihrer Religion einen
213 hohen Stellenwert haben und sie erfüllen. Daher unterstützen wir Religionsgemeinschaften
214 angemessen dabei, ihren Teil zum gesellschaftlichen Leben beizutragen. Doch auch oder
215 insbesondere hier gilt für uns, dass die Freiheit des Einzelnen dort endet, wo sie die des anderen
216 untergräbt. Islamismus und jeglicher andere religiöse **Extremismus mit menschen- und**
217 **lebensfeindlicher Rhetorik**, der Gewalt beinhaltet oder propagiert, und Angehörige sowie
218 Außenstehende unter Druck setzt, kann nicht akzeptiert werden. Das ist unvereinbar mit unserem
219 Menschenbild und unserer Vorstellung einer toleranten und zwanglosen Gesellschaft.

220 Um die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie zu stärken, fordern wir ein entschlosseneres Vorgehen
221 gegen Linksextremismus in Koblenz. Wir nehmen die **Gefahr des Linksextremismus**, nicht nur des
222 gewalttätigen, für unsere Demokratie ernst. Unter dem Deckmantel der Unterstützung eines
223 sogenannten Freiheitskampfes antisemitische Stereotype zu verbreiten, verurteilen wir auf das
224 Schärfste. Vermögende Mitmenschen enteignen zu wollen oder ungehemmt körperliche Gewalt
225 gegen sie und unsere Sicherheitskräfte gutzuheißten, lehnen wir entschieden ab. Das ist unvereinbar
226 mit unserem Menschenbild und unserer Vorstellung einer solidarischen und gerechten Gesellschaft.

227 Die Freien Demokraten Koblenz stellen aber auch fest, dass die „Alternative für Deutschland“ in
228 Koblenz, wie in der gesamten Bundesrepublik, eine – zumindest in Teilen – rechtsextreme Partei ist,
229 die Menschen mit homophobem, faschistischem und rassistischem Gedankengut eine Heimat bietet.
230 Der **Rechtsextremismus bedroht unsere offene Gesellschaft** und unsere freiheitlich-demokratische
231 Grundordnung. Das ist unvereinbar mit unserem Menschenbild und unserer Vorstellung einer freien
232 und offenen Gesellschaft.

233 In Koblenz setzen wir den Extremen ein **Programm der gesellschaftlichen Mitte** entgegen. Wir
234 sehen in einer guten Bildungspolitik den Grundstein der Brandmauer gegen jeglichen Extremismus.
235 Dafür wollen wir alles tun, was kommunal möglich ist. Durch Integration und Inklusion, Angebote
236 an alle Bevölkerungsgruppen zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und consequenten
237 Maßnahmen, um Wohlstand für alle zu ermöglichen, wollen wir das Vertrauen in Demokratie und
238 soziale Marktwirtschaft stärken. Mit einer kommunalen Politik, die erklärt statt belehrt und
239 transparent ist, die vermittelt statt zerrüttet und pragmatische Kompromisse eingeht, wollen wir aus
240 einer offenen Gesellschaft mehr machen, als sie jetzt schon ist. Wir wollen aus unserer Stadt mehr
241 machen. Denn **Koblenz kann mehr!**

Kandidatinnen und Kandidaten für den Stadtrat

1. Christoph Schöll
2. David Hennchen
3. Hubertus Hacke
4. Martina Gondro
5. Markus Schreyer
6. Christian Kipping
7. Arabella Victoria Quirmbach
8. Claudia Kriebs
9. Manuel Sartoris
10. Thomas Roskop
11. Christopher Altenhof
12. Sven Schillings
13. Jakob Weiß
14. Dr. Katja Lahm
15. Thomas Heisterhagen
16. Andreas Brand
17. Arnold Thieltges
18. Josef Scherkenbach
19. Thomas Michaelis
20. Ella Köster
21. Michael Vogt
22. Gisela Lange
23. Lukas Gondro
24. Dr. Wilfried Schmidt-Busemann
25. Dr. Sebastian Gleixner
26. Manuel Mück
27. Hubertus Berghoff
28. Lukas Reck
29. Bertram Litterscheid

Freie Demokraten

Kreisverband **FDP**
Koblenz